

# SVP beteiligt sich nicht an Ersatzwahl

Hauptversammlung der SVP Oberuzwil – die Partei hat keinen Kandidaten für die Gemeinderats-Ersatzwahl vom 17. Juni gefunden

**ERUZWIL.** Die SVP Oberuzwil beteiligt sich nicht an Gemeinderats-Ersatzwahl am 17. Juni. Das wurde an der Hauptversammlung vom 17. Juni bekannt. Als Ersatzkandidat für das Kreisgericht Unteroggenburg-Gossau kandidiert der Oberuzwiler Bruno Näf.

LIPP STUTZ

Die SVP-Präsidentin Max Rombach hat die Ortspartei ein bewegtes Jahr hinter sich. Sie habe sich viele Ziele gesteckt, die sie aber nicht alle erreichen können. Die verstärkte Mitarbeit im örtlichen Parteileben werde zwar von den anderen Parteien wahrgenommen und geschätzt. «Doch die Werbung von Neumitgliedern gestaltet sich äusserst zäh», betonte Rombach. Die einen könnten sich, obwohl sie sich mit den Schwerpunkten der SVP identifizierten, nicht für einen Eintritt in die Partei entschliessen. Andere hätten nicht gesehen, dass es um die wirtschaftlichen oder wirtschaflichen Nachteile, wenn sie sich offen zur SVP bekannten. Und der grösste Teil der angefragten Personen bekundete schlicht kein Interesse an den Angelegenheiten des Gemeinwesens.

## Neuer Kandidat gefunden

Am 17. Juni wird eine Ersatzwahl in den Oberuzwiler Gemeinderat nötig. Die Suche nach geeigneten Kandidaten hat sich laut Rombach aus oben erwähnten Gründen als äusserst schwierig erwiesen. Im Weiteren kommt aber noch das Argument der mangelnden Freizeit hinzu. Ein mar-



Bild: stu.

**Akteure** an der Hauptversammlung der SVP: von links Bruno Näf, Kandidat als Laienrichter ins Kreisgericht, Nationalratskandidat Lukas Reimann, Kantonratsrat Erwin Böhi und Max Rombach, Präsident der SVP Oberuzwil.

Jahr war laut dem SVP-Präsidenten der überraschende Rücktritt des Schulratspräsidenten Frits Gerber auf Ende des Schuljahres 2006/2007. Auf die Stellenausschreibung haben sich wie bekannt nur wenige Interessenten gemeldet. Eine eigentliche Bewerbung habe lediglich der bereits als Gemeinderat amtierende Thomas Stark von der CVP eingereicht, der dann auch gewählt wurde. Die Auflagen für einen allfälligen Stellenantritt hätten wohl derart schwer gewogen, dass kein

sei. Leider sei die SVP nicht in der Lage gewesen, Thomas Stark einen Gegenkandidaten gegenüberzustellen, bedauerte Rombach.

## Mitarbeit in Kreispartei

Die Oberuzwiler Ortspartei arbeitet intensiver mit der Kreispartei zusammen. Max Rombach hat denn auch Einsitz in die Wahlkommission der Kreispartei Wil zur Vorbereitung der Kantonratswahlen genommen.

«Die Zusammenarbeit mit dem

Kreispräsident Marcel Hegelbach entwickle in seinem Amt eine Aktivität, die einfach jeden mitreisse.

Mehr Mühe bekundet Rombach mit den Ereignissen rund um die Nomination der Nationalratskandidaten der Kantonalpartei. Bei einem Teil der Parteimitglieder werde der persönliche Erfolg und das eigene Prestige höher eingestuft als dasjenige der Partei.

«Auch mit den an der Nominationsversammlung geäusserten verbalen Verunglimpfungen von anderen Personen kann

ich wenig anfangen», betonte Max Rombach.

## Kandidatur als Laienrichter

Aktuar Adrian Reichmuth erinnerte an die «Neuaufstehung» der Partei vor zwei Jahren. Damals habe er ein Chaos im Mitgliederstamm angetroffen. In minutiöser Kleinarbeit hat er den Bestand durchforstet. Nun zählt die Partei 29 zahlende Mitglieder.

Am 17. Juni erfolgt auch eine Wahl für den Gerichtskreis Unteroggenburg-Gossau, an der sich die SVP beteiligen wird. Ihr Kandi-

dat heisst Bruno Näf, ist 40-jährig, Familienvater und seit zwanzig Jahren selbständig in der Musikbranche tätig.

An der Versammlung auf dem Eppenbergriedel stellte sich auch Nationalratskandidat Lukas Reimann aus Wil vor. Er erinnerte an Probleme wie die steigende Gewalt, die Zunahme der Schulden der öffentlichen Hand, das Erheben von immer neuen Steuern und Gebühren. «Es ist wichtig, dass die SVP bei den Wahlen zulegen kann», betonte Reimann und fügte hinzu: «Wer will, dass unsere Heimat erhalten bleibt, unterstützt die Politik der SVP.»

## Harte Strafen verhängen

Kantonratsrat Erwin Böhi, Wil, referierte zur Jugendgewalt. Das Thema sei aktuell, sagte er. So sei die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen steigend, die Zunahme an schweren Delikten offensichtlich. Der Anteil an Ausländern bei solchen Vergehen sei hoch. Die Mentalität heutiger Strafnorm basiere hingegen noch immer weitgehend auf dem Grundsatz «Betreuung vor Strafe». Die Strafe, das heisst die Sanktion, trete in den Hintergrund. Daran vermöge auch das neue Jugendstrafgesetz wenig zu ändern. So sei etwa die Strafmündigkeit heraufgesetzt worden. «Gut zureden statt strafen wird mit dem neuen Gesetz noch verstärkt», kritisierte Erwin Böhi. Um gegen die Jugendkriminalität vorzugehen, seien Prävention, Intervention und Sanktion nötig. Die einzige Strafe, die wirke, sei die drohende Ausweisung. Harte Strafen zu verhängen, trägt laut Böhi durchaus präventiven Charakter: «Strafen setzen auch ein Zeichen der Gerechtigkeit gegenüber den Opfern.»